

Digitalisierung – Ist die Zeit reif für „einen Sprung“?

(März 2017: Ein Kommentar von Prof. Dr. Tino Schuppan)

Seit mehr oder weniger 15 Jahren hat sich E-Government als Modernisierungsthema entwickelt und wird nicht selten bis heute auf Online-Dienste verkürzt. Digitalisierung braucht Politik mit deren Unterstützung, weil sonst die Digitalisierungspotenziale kaum zu heben sind. Dabei geht es mehr als nur darum, den rechtlichen Rahmen und Ressourcen bereitzustellen, sondern Handlungsmaximen, Werte und Strategien zu entwickeln, die Orientierung und Unterstützung für die Beschäftigten bieten, die tagtäglich an der Umsetzung arbeiten; allerdings ohne technizistische Schlagseite.

Seit einiger Zeit spricht kaum noch jemand von E-Government und Institute oder Centren für E-Government wirken zunehmend altbacken, weil sie aus einer anderen Zeit kommen. Wie dem auch immer sei und welcher Begriff auch immer besser geeignet erscheint, feststeht, dass die Grundproblematik, nämlich nicht nur Technik, sondern v.a. nicht-technische Aspekte zu gestalten bleibt. Andernfalls können Informationstechniken nicht ihre Wirkung entfalten. Allerdings: Welche Innovationen mittels IT machbar, wünschenswert und möglich sind, darüber muss mehr als bislang reflektiert werden. Die Verwendung immer neuer Schlagworte à la 4.0 hilft nicht unbedingt weiter. Klar ist, grundlegendere Änderungen sind notwendig, um die Digitalisierung mit entsprechenden Wirkungen voranzubringen. Das heißt eine neue Stufe der Digitalisierung oder neu-deutsch neue „Geschäftsmodelle“ für die Erbringung öffentlicher Leistungen sind gefragt, die das gesamte Institutionengebäude, wie z.B. die föderale Arbeitsteilung betreffen.

Wohlwissend, dass radikale Veränderungen eine geringere Chance der Durchsetzung haben, stellen sich dennoch grundsätzlichere Fragen, die den Vollzug von Verwaltungen betreffen. Auch Hochschulen können zum Diskurs über Innovationen bei der Digitalisierung des öffentlichen Sektors beitragen und neue Erkenntnisse, Modelle, Methoden, Konzepte auf der Basis solider erforschter Grundlagen der Verwaltungswissenschaft liefern! Deutschland preist sich als eine der führenden Innovationsstandorte der Welt. Und wie sieht es im Sektor Staat aus? Es existieren nur wenige, kleinteilig über die ganze Fläche verteilte Lehrstühle für Verwaltungswissenschaften mit einer sehr überschaubaren Anzahl von Hochschulexperten. Die Regierung und Verwaltung leisten sich keine Innovationscenter – wie beispielsweise SAP mit seinem Innovationscenter oder dem Hasso-Plattner-Institut (HPI) in Potsdam –, geschweige denn ein Exzellenzcluster oder ansatzweise einen „Think-Tank“, wo gebündelt geforscht und keine interessengetriebenen Beiträge für die Gestaltung der Digitalisierung von Staat und Verwaltung erarbeitet werden.

Gefragt ist insbesondere nicht-technische Gestaltungsarbeit, die mit jeder neuen Technikgeneration neu zu beantworten ist. Allerdings: Jede neue Technikgeneration bringt wieder neue (manchmal auch alte) Generationen von „Evangelisten“ hervor, die nun glauben, dass genau diese Techniken alle Probleme der Verwaltung nun lösen wird. Ernüchterung muss zwangsläufig die Folge sein! Weder Blockchain, um den aktuellen Hype zu erwähnen, noch irgendeine andere Technologie wird von sich heraus irgendetwas in der Verwaltung verändern und Transformation bewirken. Ernüchterungen sind vorprogrammiert, ob Einheitlicher Ansprechpartner oder Open Government. Digitalisierung braucht Politik mit deren Unterstützung, weil sonst die Digitalisierungspotenziale kaum zu heben sind. Dabei geht es mehr als nur darum, den rechtlichen Rahmen und Ressourcen bereitzustellen, sondern Handlungsmaximen, Werte und Strategien zu entwickeln, die Orientierung und Unterstützung für die Beschäftigten bieten, die tagtäglich an der Umsetzung arbeiten; allerdings ohne technizistische Schlagseite.